Die Prüfung beginnt am **15. Mai 1998** mit dem jagdlichen Schießen (Tontauben-Trap) und endet am **23. Mai 1998** mit der mündlichen Prüfung.

Anmeldungen sind bis zum 17. April 1998 an den Landkreis Wesermarsch, Fachdienst 32 - Sicherheit und Ordnung -, Poggenburger Straße 15, 26919 Brake, zu richten.

Brake, den 13. 03. 1998

Landkreis Wesermarsch

Der Oberkreisdirektor
In Vertretung
Höbrink
Kreisverwaltungsdirektor

III. Kreisfreie Städte

Stadt Oldenburg (Oldb)

Haushaltssatzung der Stadt Oldenburg (Oldb) für das Haushaltsjahr 1998

Aufgrund des § 84 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) hat der Rat der Stadt Oldenburg in der Sitzung am 16.12.1997 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1998 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1998 wird im **Verwaltungshaushalt**

in der Einnahme auf	582.619.400 DM
in der Ausgabe auf	664.879.000 DM

im **Vermögenshaushalt**

in der Einnahme auf	133.967.600 DM
in der Ausgabe auf	133.967.600 DM

festgesetzt.

Der Wirtschaftsplan der städtischen Kliniken für das Haushaltsjahr 1998 wird

im **Erfolgsplan** mit

Erträgen in Höhe von	229.250.000 DM
Aufwendungen in Höhe von	229.250.000 DM

im **Vermögensplan** mit

Einnahmen in Höhe von	21.692.000 DM
Ausgaben in Höhe von	21.692.000 DM

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 32.136.000 DM festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen im Vermögensplan der Städtischen Kliniken wird auf 13.650.000 DM festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 33.175.900 DM festgesetzt.

Im Vermögensplan der Städtischen Kliniken werden Verpflichtungsermächtigungen nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Haushaltsjahr 1998 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 150.000.000 DM festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Haushaltsjahr 1998 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben durch die Sonderkasse der Städtischen Kliniken in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 30.000.000 DM festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 1998 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 290 v. H.

b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) 360 v. H.

2. Gewerbesteuer

410 v. H.

§ 6

Als unerheblich im Sinne des § 89 NGO gelten über- und außerplanmäßige Ausgaben und überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen bis zur Höhe von 30.000 DM im Einzelfall.

Oldenburg (Oldb), 16.12.1997

Dr. Poeschel
Oberbürgermeister

Bekanntmachung der Haushaltssatzung 1998

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1998 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Die nach § 91 Abs. 4 und § 92 Abs. 2 NGO erforderliche Genehmigung ist durch die Bezirksregierung Weser-Ems am 23.02.1998 unter dem Aktenzeichen 202.13 - 10302-03/98 erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 86 Abs. 2 Satz 3 NGO vom 30.03.1998 - 07.04.1998 während der Dienststunden zur Einsichtnahme im Finanzverwaltungsamt, Raiffeisenstraße 27, Zimmer 411, öffentlich aus.

Oldenburg (Oldb), 27.03.1998

Stadt Oldenburg

Der Oberbürgermeister

Stadt Oldenburg (Oldb)

Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Marktgebühren (Marktgebührensatzung) vom 17.03.1998

Aufgrund der §§ 6, 8 und 83 der Nds. Gemeindeordnung und des § 5 des Nds. Kommunalabgabengesetzes

in der Fassung vom 28.05.1996 (Nds. GVBl. S. 242) hat der Rat der Stadt Oldenburg (Oldb) folgende Satzung beschlossen:

Art. 1

Die Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) über die Erhebung von Marktgebühren (Marktgebührensatzung) vom 16.08.1982, zuletzt geändert durch Satzung vom 20.05.1997, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 1 Nr. 1 (Wochenmärkte) werden ersetzt:
"4,00 DM" durch "3,20 DM".
2. In § 2 Abs. 1 Nr. 3 (Ostermarkt a - c) werden ersetzt:
"50,60 DM" durch "55,65 DM"
" 6,50 DM" durch " 7,15 DM"
"55,30 DM" durch "60,85 DM"
" 7,10 DM" durch " 7,80 DM"
"53,75 DM" durch "59,20 DM"
" 6,70 DM" durch " 7,40 DM".
3. § 2 Abs. 3 Ziffer 2 erhält folgenden Wortlaut:
"Warenautomaten, Spiel-, Kraft-, Geschicklichkeits- und Unterhaltungsgeräte bis zu einer Standfläche von 1 m² in Abweichung von § 2 Abs. 1 Ziff. 3 5,00 DM je Gerät und Markttag."
4. In § 2 Abs. 4 werden unter Wochenmarkt ersetzt:
"6,00 DM" durch "4,80 DM".
5. In § 2 Abs. 4 werden unter Ostermarkt ersetzt:
"52,00 DM" durch "57,20 DM".
6. Die bisherige Regelung des § 3 Abs. 1 wird wie folgt neu gefaßt:
"Die Gebührenschuld entsteht mit der Zulassung zum Markt."
7. "In § 5 Abs. 2 entfällt der letzte Satz."
8. "In § 5 Abs. 4 Satz 1 wird das Wort "oder" durch das Wort "und" ersetzt."

Art. 2

Abweichend von den §§ 3 Abs. 1 und 5 Abs. 2 entsteht die Gebührenschuld für den Ostermarkt 1998 für die zugelassenen Betriebe am 01.04.1998; die Gebühren sind am 15.04.1998 fällig.

Art. 3

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft..

Oldenburg (Oldb), den 17.03.1998

Dr. Poeschel
Oberbürgermeister

IV. Kreisangehörige Städte und Gemeinden

1. Landkreis Ammerland

2. Landkreis Aurich

3. Landkreis Cloppenburg

Gemeinde Bad Essen

**Verordnung
der Gemeinde Bad Essen
über die Freigabe eines zusätzlichen
verkaufsoffenen Sonntages gem. § 14
des Gesetzes über den Ladenschluß**

Aufgrund des § 40 Abs. 1, Nr. 4 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 55 Abs. 2 des Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetzes und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. 11. 1956 (BGBl. I Seite 875), zuletzt geändert durch Artikel 1 zur Änderung des Gesetzes über den Ladenschluß vom 30. 07. 1996 /BGBl. I Seite 1186) in Verbindung mit Ziffer 4.9 der Verordnung über die Regelung von Zuständigkeiten im Gewerbe- und Arbeitsschutzrecht sowie in anderen Rechtsgebieten vom 29. 05. 1985 (Nieders. Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 20/1985 S. 119), zuletzt geändert durch die Änderungsverordnung vom 19. 12. 1990 (Nieders. Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 491), hat der Rat der Gemeinde Bad Essen folgende Verordnung erlassen:

§ 1

Aus Anlaß der Veranstaltung des Gewerbevereins Bad Essen am 22. 02. 1998 dürfen die Verkaufsstellen in der Ortschaft Bad Essen am Sonntag von 14.00 bis 18.00 Uhr geöffnet sein. Am Sonnabend, dem 21. 03. 1998 müssen die Verkaufsstellen ab 14.00 Uhr geschlossen werden.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück in Kraft.

Bad Essen, den 10. 03. 1998

Gemeinde Bad Essen

gez. Hofmeyer gez. Wilker
Bürgermeister Gemeindedirektor

4. Landkreis Emisland

5. Landkreis Friesland

Gemeinde Wangerland

**1. Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über die Art und den Umfang
der Straßenreinigung
in der Gemeinde Wangerland**

Aufgrund der §§ 1 und 55 des Nieders. Gefahrenabwehrgesetzes (NGefAG) in der Fassung vom 13. April 1994 (Nds. GVBl. S. 230) hat der Rat der Gemeinde Wangerland in seiner Sitzung am 02. März 1998 folgende Satzung beschlossen: